

Positionspapier des Landkreistages NRW

„Gemeinsam für einen guten Start in die Schullaufbahn“

Schlussfolgerungen aus der Gemeinsamen Veranstaltung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses, des Gesundheitsausschusses und des Jugendausschusses des Landkreistages NRW am 27.01.2026 in Düsseldorf

1. Befund

Die Erkenntnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen sind Besorgnis erregend: Grundlegende motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten, die Voraussetzungen für den Schulbesuch sind, fehlen; die Zahl übergewichtiger Kinder nimmt kontinuierlich zu. Die Ursachen sind vielfältig:

- gesamtgesellschaftliche Entwicklungen (Krisen, Krieg und Flucht, Migration, Multikulturalität und Mehrsprachigkeit)
- Nachwirkungen der Pandemie
- Veränderungen in den Kindertagesbetreuungssettings
- Auswirkungen der Verknappung von sozialen, pädagogischen und therapeutischen Ressourcen
- Einfluss der digitalen Mediennutzung im Familienalltag (sehr frühe Mediennutzung durch Kleinkinder)
- Unzureichende Förderung/Fördermöglichkeiten in den Familien
- Bewegungsmangel/Fehlernährung
- eine generell abnehmende Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung, die auch durch unseriöse und unwissenschaftliche Berichterstattung, sowie insbesondere durch neue Medien verstärkt wird

2. Schlussfolgerungen

a) Was können die Kreise tun?

Die Kreise sind als Träger von Gesundheits- und Jugendämtern, Schulen, Schulämtern, Regionaler Bildungsnetzwerke sowie im Kontext der Schulsozialarbeit in vielfacher Hinsicht an der Schnittstelle zwischen frühkindlicher und schulischer Bildung, sowie in diesem Kontext in der Gesundheitsförderung u.a. beratend aktiv. Die Verantwortungen für ein Gelingen dieses Übergangs sind breit gestreut: Elternhäuser, Träger der Kindertagesbetreuung, Grundschulen,

OGS-Träger, Regionale Bildungsnetzwerke, Kommunales Integrationsmanagement, Gesundheitsämter, Jugendhilfe.

- Es bedarf einer dynamischen Anpassung der Kindertagesbetreuung und Schulen (Personal, Ausstattung, fachliche Ausrichtung, Sondermaßnahmen).
- Die Planung und Steuerung in den Kommunen (z.B. Präventionsmaßnahmen, Gesundheits- und Entwicklungsförderung, Bedarfe an vorschulischer und schulischer Förderung) sollte fortlaufend angepasst werden. Den Kreisen kommt auch insoweit eine Bündelungs- und Koordinationsfunktion zu.
- Die Nutzung digitaler Medien in Familien, Kindertagesbetreuung und Schulen sollte begrenzt werden. Kinder unter drei Jahren sollten keinen Zugang zu Bildschirmmedien haben.
- Förderung von Sprach- und Sozialkompetenzen sowie der kindlichen Entwicklung im Sinne eines Verhältnispräventions- aber auch individuellen Verhaltenspräventionsansatzes durch den Kreis selbst.
- Verbesserung der Sport- und Bewegungsförderung und Ernährungsbildung, der gesundheitlichen Prävention im Allgemeinen („gesundes Aufwachsen in der Kommune“ als intersektorale Gemeinschaftsaufgabe).
- Noch frühzeitigere und konsequentere Kontrolle und Sanktionierung der Nichtteilnahme an U-Untersuchungen, Schuleingangsuntersuchungen, Sprachstandfeststellungen (Delfin 4).

b) Forderungen an die Landes- und Bundesebene

Der allgemeine Handlungsrahmen, bildungspolitische Ziele und rechtliche Vorgaben sowie die Bereitstellung von Ressourcen werden durch Land und Bund gesetzt. Die Bemühungen vor Ort können nur erfolgreich sein, wenn grundsätzliche Bedingungen des gesunden Aufwachsens für Kinder von 0-10 Jahren stimmen.

- Koordinierte Förderung zur Erlangung der Schulfähigkeit, insbesondere des Spracherwerbs – die Einführung von ABC-Klassen wird grundsätzlich begrüßt.
- Politische Konzepte und rechtliche Vorgaben für den Schul- und Jugendbereich zur Verbesserung der Schulfähigkeit müssen ressortübergreifend „aus einem Guss“ gestaltet werden.
- Klare und einheitliche Vorgaben zur Mediennutzung, insbesondere in Schulen.
- Anpassung von Datenschutzregelungen.
- Verschärfung von Sanktionsinstrumenten.
- Die Förderung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) durch Bund und Land muss auch nach Ende des „Pakts für den ÖGD“ fortgesetzt werden, auch damit die Gesundheitsförderung und -planung vor Ort in den Lebenswelten der Kinder evidenzbasiert stattfinden kann.